

Mehr Mut zu Globaler Gerechtigkeit

Stellungnahmen zur Dialogfassung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie

Anfang Juni 2024 präsentierte die Bundesregierung die Dialogfassung der aktualisierten Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie (DNS), die bis Ende 2024 im Bundeskabinett verabschiedet werden soll. Die DNS ist ein zentraler Orientierungsrahmen für Nachhaltigkeitspolitiken in Deutschland und beschreibt den nationalen Beitrag zur Erreichung der Ziele der Agenda 2030 für Nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen.

„Mehr Nachhaltigkeit in Deutschland führt zu mehr globaler Gerechtigkeit!
Unsere Partnerorganisationen in aller Welt haben deshalb hohe Erwartungen an die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie.“

Dr. Dagmar Pruin, Präsidentin von Brot für die Welt

„Nachhaltigkeit in Deutschland braucht mehr Politikkohärenz für die globalen Dimensionen unseres Handelns. Voraussetzung dafür sind Risikoanalysen und Folgenabschätzungen für die Menschen im Globalen Süden.“

Dr. Andreas Frick, Hauptgeschäftsführer von Misereor

Im Vergleich zu den Vorversionen der DNS ist deutlich erkennbar, dass die Bundesregierung versucht, wichtige Empfehlungen des Global Sustainability Reports zu transformativer Politikgestaltung in der Überarbeitung aufzugreifen.

Wir möchten in unserer Stellungnahme deshalb insbesondere der Frage nachgehen, ob es gelingt, dem Anspruch gerecht zu werden, die Verantwortung Deutschlands für die positiven und negativen Auswirkungen auf Drittstaaten zu stärken und die Spillover-Thematik in allen Politikfeldern zu verankern und effektiv zu adressieren. Davon abgeleitet stellt sich auch die Frage der Politikkohärenz und der Effektivität der Umsetzung der DNS, sowie die Frage der Finanzierung Nachhaltiger Entwicklung. Wir schließen mit zentralen Empfehlungen in Bezug auf die Adressierung von Spillovers und zur Nachhaltigkeits-Governance.

Mehr Systematik und Konsequenz beim Umgang mit Spillover-Effekten notwendig

Mit der Reflexion der Spillover-Effekte in jedem Kapitel der DNS ist die Bundesregierung einen wichtigen Schritt vorangegangen. Sie trägt der dramatischen Situation Rechnung, dass Deutschland einen der obersten Plätze im negativen Spillover-Ranking des Sustainable Development Solutions Networks einnimmt.

Es fällt allerdings auf, dass die Analyse der negativen und positiven Wirkungen deutschen Handelns auf andere Länder an analytischer und konzeptioneller Schärfe vermissen lässt. Es ist nicht erkennbar, welche Maßnahmen ergriffen werden, um zielgenau den Abbau der genannten negativen Effekte zu erreichen. Eine Priorisierung und Fokussierung auf besonders effektive Maßnahmen, würde die Umsetzung der DNS deutlich verbessern.

Förderliche Maßnahmen, wie der Abbau **klima- und umweltschädlicher Subventionen**, werden allerdings nur am Rande der Strategie erwähnt. Damit droht die DNS hinter bereits getroffene Zusagen zurückzufallen, wie den G7 -Beschluss zum vollständigen Abbau von Subventionen für Fossile Energien bis 2025. An dieser Stelle wäre auch die Weiterentwicklung der Indikatorik machbar gewesen, in dem ein Abbaupfad in Bezug auf klimaschädliche Subventionen beschrieben und mit einer klaren quantitativen Zielbeschreibung verbunden worden wäre. Dies hätte positive Wechselwirkungen auf alle Transformationsbereiche der DNS gehabt und darüber hinaus auch im Bereich des Hebels Finanzen III.

Im Bereich der **Ernährungssicherung** werden zwar negative Spillover-Effekte sowie positive, nachhaltige Ansätze benannt – das Ambitionsniveau der gewählten Maßnahmen reicht aber bei weitem nicht aus – auch weil Zielkonflikte zwischen ökologischer und industrieller Landwirtschaft, beispielsweise durch die Bilanzierung externer Kosten, nicht bearbeitet werden. Ähnlich verhält es sich im **Gesundheitsbereich**. Die wichtigen, in der DNS gesteckten internationalen Ziele stehen im Widerspruch zur Nationalen Pharmastrategie, die einen global gerechten Zugang zu Impfstoffen, Diagnostika und Therapeutika sowie eine lokale Produktion von Impfstoff- und Pharmaproduktion in Partnerländern eher erschwert. Richtigerweise ist der Spillover-Effekt bei der Anwerbung von qualifizierten Arbeitskräften in Form des „Brain Drain“ zwar aufgeführt, allerdings werden bislang insbesondere die Interessen Deutschlands in den Mittelpunkt gestellt, aber nicht die Vorteile für die Herkunftsländer – dazu sollte die DNS konkreter werden.

Ein Anspruch bei der Weiterentwicklung der DNS bestand darin, die **soziale Dimension der Nachhaltigkeit** zu stärken – mit der Einführung neuer Indikatoren ist dies innerhalb Deutschlands deutlich erkennbar. Auf internationaler Ebene aber ist keine Verbesserung sichtbar. Der richtige und notwendige Wegfall des Indikators zum Textilbündnis und damit zur Abbildung der **Unternehmensverantwortung** in internationalen Wertschöpfungsketten, muss aber auf jeden Fall kompensiert werden. Dazu sollte geprüft werden, inwiefern Daten und Erkenntnisse, die im Rahmen des Monitorings des Deutschen Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes erfasst werden, zukünftig die Basis für einen effektiven Indikator sein können.

Der Transformationsbereich Kreislaufwirtschaft benennt viele technologische Ansätze zur Reduzierung der **Ressourcenverbräuche**. Die Potenziale sozialer Innovationen für Suffizienz aber bleiben unerwähnt. Positiv hervorzuheben ist hingegen die deutliche

Stärkung des Handlungsfeldes **Bildung für nachhaltige Entwicklung**. Eine stärkere und systematischere Verschränkung mit Themen globaler Gerechtigkeit wäre wegweisend für eine wirklich transformative Bildung, die auch zukünftig zu mehr globaler Gerechtigkeit beiträgt.

Nachhaltige Entwicklung durch angemessene Finanzierung und gerechte Finanzsysteme vorantreiben

Die Überwindung sozialer Ungleichheit, wie sie sich extrem in Hunger, Armut und Geschlechterungerechtigkeit ausdrückt, und die Abmilderungen der Auswirkungen des Klimawandels stehen und fallen mit einer angemessenen Finanzierung nachhaltiger Entwicklung unter besondere Berücksichtigung marginalisierter Gruppen. Die zu erwartenden Kürzungen des **Bundshaushalts** insbesondere im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit und Humanitären Hilfe, werfen einen Schatten auch auf die Ambitionen bei der Umsetzung der DNS. Darüber hinaus verursacht die aktuelle Struktur der **internationalen Finanzarchitektur** negative Auswirkungen auf wirtschaftlich schwache Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas. Diese werden zwar in der DNS erkannt – die genannten Maßnahmen zum Umgang mit der globalen Schuldenkrise und der internationalen Steuerpolitik lassen allerdings das notwendige Ambitionsniveau vermissen. Zudem werden Spillover-Effekte hier nicht explizit benannt.

Im Bereich der privaten Investitionen bieten die Empfehlungen des **Sustainable Finance** Beirats wichtige Impulse. Da die Umsetzung rückblickend zu wenig stattgefunden hat, wäre eine bessere Verankerung auch in der DNS sinnvoll.

Nachhaltigkeitsgovernance und Politikkohärenz stärken

Die Arbeit in interministeriellen **Transformationsteams** hat sich bewährt und sollte fortgesetzt und ausgebaut werden. Der Anspruch, die internationale Dimension bei der Befassung in allen Transformationsteams zu stärken, ist dabei noch deutlich ausbaufähig. Denn in der vorliegenden Dialogversion der Nachhaltigkeitsstrategie werden an zu vielen Stellen die Auswirkungen politischer Maßnahmen allein auf die nationale Dimension reduziert. Ebenso ist die Befassung mit genderpolitischen Themen in Kohärenz mit der **feministischen Entwicklungs- und Außenpolitik** auszubauen und sicherzustellen. Eine gendersensible Besetzung sowie Genderexpertise müssen in den Transformationsteams gegeben sein.

Positive Annahmen zu Spillover-Effekten bleiben zu optimistisch, negative Annahmen werden übersehen, auch weil die **Nachhaltigkeitsprüfungen von Gesetzesvorhaben** bisher oft als formalistische Pflichtübung wahrgenommen wird, wie die Evaluation des Justizministeriums 2023 zeigte. Spillover-Effekte sollen bei den Nachhaltigkeitsprüfungen zwar in den Blick genommen werden, bleiben aber oft unzureichend beleuchtet. Der Parlamentarische Beirat, der die Vorlagen aus den

Ministerien formal prüft, sollte auf die Umsetzung der Richtlinie mit Nachdruck bestehen.

Da der **Parlamentarische Beirat** nicht den Status eines Ausschusses im Bundestag hat, bleibt sein Einfluss auch auf andere Ausschüsse und das Parlament begrenzt. Das ist auch ein Handicap für die ambitionierte Umsetzung der DNS und sollte bei der Weiterentwicklung dringend geändert werden.

Wir begrüßen, dass die Bundesregierung mit der Dialoggruppe und den Dialogkonferenzen zur Nachhaltigkeitsstrategie sowie dem Online-Beteiligungsverfahren eine breite **Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteure** an der Gestaltung der Nachhaltigkeitsstrategie ermöglicht. Zukünftig sollte die Mitwirkung von zivilgesellschaftlichen Akteuren aus dem Globalen Süden – insbesondere von feministischen und indigenen Vertreter*innen ermöglicht werden. Unklar ist in dem jetzigen Dialogverfahren weiterhin, wie die Bundesregierung die Eingaben berücksichtigt. Die Bundesregierung sollte einen qualifizierten Feedback-Mechanismus für Eingaben aus der Zivilgesellschaft entwickeln.

Forderungen an die Bundesregierung

Um dem Anspruch zur besseren Berücksichtigung der Auswirkungen des Handelns auf Drittstaaten (Spillover-Effekte) in den Blick zu nehmen, sollte die Bundesregierung

- in angemessenem Umfang neue Spillover-Indikatoren integrieren und hier eine deutliche Priorität setzen,
- klare Ziele für den Abbau klimaschädlicher Subventionen in der DNS benennen, sowie ambitionierte Ziele und Strategien im Bereich der Suffizienz verankern sowie
- das Ambitionsniveau in vielen Politikfeldern steigern und Zielkonflikte durch mehr Politikkohärenz in den Blick nehmen.

Die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie ist nur so stark wie ihre Umsetzung.

Aus diesem Grund sollte die Nachhaltigkeits-Governance verbessert werden, in dem die Bundesregierung

- die Arbeit in den Transformationsteams fortsetzt und ausbaut,
- die Nachhaltigkeitsprüfung bei Gesetzesvorhaben qualitativ verbessert und dabei besonders die Pflicht zur Erfassung und Berücksichtigung von Spillover Effekten besser überprüft,
- den Parlamentarischen Beirat zu einem vollwertigen parlamentarischen Ausschuss weiterentwickelt und
- einen qualifizierten Feedback-Mechanismus beim Umgang mit Hinweisen aus der Zivilgesellschaft etabliert.